



VVN-BdA Kreisverband Augsburg

Ernst Grube

Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes..
Stellvertretender Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau

Rede anlässlich der Gedenkfeier „Für die Opfer des Faschismus“
am 1.11.2012 auf dem Westfriedhof in Augsburg



„Das Wachhalten der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen hat den politischen Spielraum rechts-extremer Strömungen nach 1945 immer wieder eingeschränkt“, so der Historiker Wolfgang Benz.

Ist das so?

Ich bin hier, weil mir wichtig ist, dass Erinnerung und Gedenken diese Wirkung haben.

Wir brauchen das Wissen über die Menschen, die durch die barbarische und bürokratisch, staatlich organisierte Barbarei ermordet wurden.

Wir brauchen ebenso das Wissen über die Menschen, die sich dagegen aufgelehnt haben, die Widerstand geleistet haben im Bestreben für menschenfreundliche Verhältnisse.

Und wir brauchen das Wissen darüber, wer, wie, mit wessen Duldung, Unterstützung und Hilfe diese Verbrechen in einem länger dauernden Prozess der Ausgrenzung und Entrechtung durchgesetzt wurden.

Um heute ein klares Bewusstsein und Gespür für Recht und Unrecht zu erlangen, um zu erkennen und unverzüglich zu handeln, wenn - wie so oft - wieder Rassismus, soziale Ausgrenzung, Militarismus und Demokratieabbau stattfinden.

1.

Zu allererst möchte ich an ein Ereignis vor 4 Wochen erinnern.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart stellte die Ermittlungen gegen 17 ehemalige Angehörige der Waffen-SS ein. Diese hatten im August 1944 in dem in der Toscana gelegenen Dorf Sant'Anna di Stazzema in einem Massaker 560 Bewohner getötet.

In einem beispiellosen Gewaltrausch zündeten die Waffen-SS - Angehörigen Häuser und Ställe an, machten Jagd auf die Bewohner des Dorfes. Alte, Frauen, Kinder vor allem wurden in ihren Häusern erschossen, andere auf den Kirchplatz getrieben, wo sie dann erschossen und verbrannt wurden.

In der Einstellungs begründung der Ermittlungen heißt es, „dass es sich auch um einen Antipartisaneneinsatz gehandelt haben könnte, bei dem überdies junge Männer für die Zwangsarbeit in Deutschland hätten ergriffen werden sollen.

Die Erschießung von Zivilisten sei möglicherweise erst dann befohlen worden, als klar gewesen sei, dass dieses Ziel nicht erreicht werden konnte.....“ (SZ vom 2./3. Oktober 2012)

Ein bundesdeutsches Gericht rechtfertigt ein Massaker an 560 Menschen und an Volkstrauertagen tragenden Nazis fast immer -ungehindert von Justiz und Politik- Kernbestandteile der NS-Ideologie und Politik auf die Straßen:

Sie trauern um Soldaten der Wehrmacht und verherrlichen die Waffen-SS!



Schweigemarsch mit Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus

2.

Vor einigen Tagen wurde in Berlin das lange erkämpfte Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma eingeweiht.

In seiner Ansprache würdigte der Überlebende Weisz das Denkmal als ein "Zeichen der Anerkennung des zugefügten Leids". Zugleich kritisierte er den Umgang mit Sinti und Roma in der Gegenwart. Die Gesellschaft habe "fast nichts" gelernt.

Deutlich wird dies z.B. am neuerlichen staatlichen Umgang mit den Flüchtlingen aus Serbien und Montenegro, von denen viele zur ausgegrenzten, diskriminierten und bitterarmen Minderheit der Roma gehören.

Innenminister Friedrich und auch der bayerische Innenminister Hermann wollen alles tun, um am Restbestand des geltenden Asylrechts vorbei, diese Flüchtlinge möglichst schnell wieder in ihr Elend zurück zu schicken. Und sie schüren eine Stimmung, die NPD und andere Rassisten zu aggressiven Kampagnen geradezu ermuntert.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, sagte kurz vor der Einweihung des Denkmals: „Wir empfinden es als diskriminierend und rassistisch, wenn das Thema Asylmissbrauch in der Öffentlichkeit fast immer in Zusammenhang mit unserer Minderheit auftaucht.“ (taz 22.10.2012)

Wir können im Augenblick nicht darauf vertrauen, dass den Plänen von CDU /CSU auf der Parlamentsebene von den anderen Parteien genügend Widerstand geboten wird.

Wir leben in einem Staat mit einer demokratischen Verfassung, die unter Mitarbeit von Überlebenden der Konzentrationslager 1949 entstanden ist. Das Asylrecht gehörte aus der ureigensten Erfahrung der Verfolgten damals zum Kernbestandteil der Grundrechte. Mittlerweile ist es verstümmelt.

Erst im Juli dieses Jahres stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass das vor 20 Jahren eingeführte Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig sei, weil es bzgl. des zugestandenen Existenzminimums nicht zweierlei Würde geben könne.

Zweierlei Würde - nach Herkunft und Hautfarbe - ist nicht mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes vereinbar!

Auch in anderen Bestimmungen widersprechen die noch geltenden Asylgesetze und Verordnungen und insbesondere die bayerische Praxis fundamentalen Grundrechten.

Recht auf Arbeit, Recht auf Freizügigkeit, Recht auf Gesundheit....

Bayern lässt sich diese Menschenunwürdigkeit besonders viel Geld kosten.

Bis zu 40% mehr als andere Bundesländer gibt Bayern an Sachleistungen aus, um Sachleistungsprinzip, Lagerunterbringung und rigides Arbeitsverbot aufrecht zu erhalten. (SZ 12.10.2012)



Nach der Begrüßung wurden stellvertretend drei Biographien von NS-Opfern dargestellt. Neben den Opfern der NS-Zeit wurden auch Menschen die seit 1990 in Deutschland aus rechtsextremistischen und rassistischen Motiven ermordet wurden gedacht.

Anstatt nach dem Urteil des BVG nun endlich zu einer menschenwürdigen juristischen Grundlage und einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen zu kommen, die auch flüchten, weil die reichen herrschenden Klassen mit ihrer Wirtschaftspolitik den Bewohnern vieler Länder die Lebensgrundlagen rauben, gibt es bei uns bisher keine positive Veränderung.

Im Gegenteil! Um die wirtschaftliche Vormachtstellung der Banken, Konzerne der Bundesrepublik und insbesondere der Waffenproduzenten zu halten, werden Lockerungen bei Waffenlieferungen und Bundeswehreinsätzen geplant.

Jean Ziegler sagt weiter dazu: „Die Völker der armen Länder arbeiten sich zu Tode, um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren.“

3.

Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt.?

Das ist eine Aussage der Widerstandsgruppe Weiße Rose.

Heute würden Innenminister und ihre sog. „Verfassungsschutz“-behörden diese Gruppe wahrscheinlich als linksextremistisch beobachten und diffamieren. So wie sie mit mir auch nach der Streichung aus dem VS - Bericht weiter verfahren. So wie sie die VVN, die Linke, die DKP u.a. als linksextremistisch brandmarken, um sie als Feinde von Demokratie aus der demokratischen Gesellschaft auszugrenzen.

Das Recht bemühen staatliche Stellen und viele Politiker häufig dann, wenn sie Nazis und Rassisten freie Bahn lassen: sie könnten nicht verhindern, verbieten, einschreiten, wenn diese hetzen, wenn sie vor Asylunterkünfte und Moscheen ziehen, Flüchtlinge als Schmarotzer diffamieren, muslimische Minderheiten verfolgen, politische Gegner angreifen und mit tödlichem Risiko bedrohen.

Recht, das angeblich der freien Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit geschuldet sei.

Unter den Augen staatlicher Organe, wie dem bayerischen Verfassungsschutz, mit Zustimmung der Justiz und unter dem Schutz von Polizei können die Neonazis Kundgebungen abhalten, Rockkonzerte durchführen, demonstrieren und dabei die wüstesten Beschimpfungen gegen Menschen, die für sie keine Deutschen sind, skandieren.

Dabei machen sie auch keinen Halt davor, den Staat, der ihnen diese „Freiheiten“ erlaubt, zu beschimpfen und ganz offen dessen Beseitigung zu fordern.

Staatliche Stellen haben dieses Treiben von Neonazis bis hin zum NSU begünstigt.

Durch gut bezahlte V-Männer hat der Verfassungsschutz vielfach beim Aufbau von Nazistrukturen mitgeholfen. Unterstützer der NSU - Mörderbande sind V- Leute.

In Baden-Württemberg werden die beiden Polizisten, die beim Ku klux klan waren, nicht aus dem Dienst entlassen. Ein Polizist, der einen Ku Klux Klan Chef vor Durchsuchungen warnte, wird auch nur versetzt. Sie alle bleiben Teil des staatlichen Sicherheitsapparats.

Maßgebliche Teile der Sicherheitsbehörden folgen einem Muster, das in Deutschland die Nazis hervorbrachte und ihnen zur Macht verhalf. Der Feind steht links, ist fremdländisch.....

1948 wurde in New York die Charta der Menschenrechte verabschiedet.

Eine lang gehegte Hoffnung der Menschen, verstärkt durch die Erfahrungen des 2. Weltkrieges und des Wissens um die Verbrechen der Faschisten, steht seitdem auf dem auf der Tagesordnung:

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Frei leben -ohne Not und ohne Angst verschieden zu sein!

Wir gedenken heute der ermordeten Antifaschisten.

Sie haben sich eine Welt ohne Krieg, ohne Faschismus, ohne Angst und Not vorgestellt und dafür eingesetzt.

Um es mit dem Augsburger Bertolt Brecht zu sagen:

Ändere die Welt: sie braucht es



Die Informationsseite zu den Gedenkveranstaltungen der letzten Jahre:
http://vvn-augsburg.de/2_archiv/0111gedenkveranstaltung/index.htm

Infoseite zu Ernst Grube:

http://www.vvn-augsburg.de/3_portraits/grube_ernst/index.htm